

XIX. GR.-NR
Nr. 553 /J
1995 -02- 09

ANFRAGE

der Abgeordneten Dr. Frischenschlager und Partner/innen
an den Bundeskanzler
betreffend Vergabemodalitäten der Osthilfe

Im Zuge der Umstrukturierung der Entwicklungspolitik plant das für die Osthilfe zuständige Bundeskanzleramt, daß zukünftig die Vergabe neu geregelt wird. In bilateralen Verhandlungen mit den Regierungen der Empfängerstaaten sollen Länderprogramme erarbeitet werden, die regionale und sektorale Schwerpunktsetzungen beinhalten. Auf Grundlage dieser Programme soll dann die Vergabe der finanziellen Mittel erfolgen.

Nicht-Regierungsorganisationen (NRO's) dürfen nun nicht mehr - wie bisher - fertig ausgearbeitete Projekte einreichen, sondern nur Kurzbeschreibungen von Projektideen, die dann in die bilateralen Regierungsverhandlungen einfließen. Durch die fehlende vollständige Einbindung der meist hochqualifizierten Experten der NGO's besteht die Gefahr, daß die Vergabe der Osthilfe noch weniger als bisher an der Basis - bei den direkt betroffenen Menschen - ansetzt, sondern daß weniger sinnvolle Hilfsprojekte, die mehr den ökonomischen und persönlichen Vorteilen der jeweiligen Regierungen und Beamten dienen, unterstützt werden.

Die neue Vorgangsweise droht somit nicht ein Schritt nach vorne, sondern ein Schritt zurück zu werden, indem nicht fertige, evaluierbare Projekte, sondern Regierungsprogramme gefördert werden, auf deren konkrete Implementation dann kein Einfluß mehr genommen werden kann.

In diesem Zusammenhang richten die unterzeichneten Abgeordneten folgende

ANFRAGE

an den Bundeskanzler:

1. Nach welchen Kriterien werden die zur Verfügung stehenden Mittel im Rahmen der Osthilfe vergeben?
2. Aus welchem Grund werden NRO's nicht mehr im bisher üblichen Umfang in die Vergabe der Projekte einbezogen?
3. Warum dürfen NRO's, die ihre Projekte in Zusammenarbeit mit den Betroffenen eines Landes entwickeln, nicht mehr selbst realisieren?
4. Halten Sie es für unwahrscheinlich, daß bei der nun geplanten Projektvergabe in erster Linie Hilfsprojekte, wie zum Beispiel der Ausbau der Erdölförderung, unterstützt werden, die ausschließlich zu einem kurzfristigen betriebswirtschaftlichen Gewinn führen, jedoch längerfristig nicht rentabel sind? Wie wollen Sie dieser Gefahr begegnen?

5. Wie wollen Sie gewährleisten, daß auch in Zukunft Selbsthilfegruppen, ökologische Projekte und dezentrale Produktionsstätten unterstützt werden?
6. Mit welchen Mitteln wollen Sie in Zukunft eine verstärkte Kooperation zwischen dem Bundeskanzleramt, den Nicht-Regierungsorganisationen, lokalen Regierungsstellen und den direkt Betroffenen im Rahmen der Osthilfe gewährleisten?